

Rechtsschutzformular

ggf. eig. AZ:

Allgemeine Angaben

Name: Vorname:
geboren am:
Straße: Hausnummer:
PLZ: Wohnort:
Telefon (privat): E-Mail (privat):
Telefon (mobil): Telefon (dienstlich):
Dienstherr / Arbeitgeber (Name und Anschrift der Dienststelle):

Beschäftigte/r Entgeltgruppe: Tarifvertrag:
 Beamter/Beamtin Besoldungsgruppe: Amts-/Dienstbezeichnung:
 Vollzeit (..... Wochenstunden) Teilzeit (..... von Wochenstunden)
 Rentner/in Ruhestandsbeamter/in Hinterbliebene/r
 Bundesbedienstete/r Landesbedienstete/r Kommunalbedienstete/r

Angaben zum Rechtsschutzformular

Rechtsgebiet Arbeitsrecht Strafrecht Schadensersatz, Schmerzensgeld, o.ä.
 Dienstrecht Disziplinarrecht Sozialrecht Sonstiges

Was ist das **Rechtsschutzziel**? Welche Ansprüche sollen durchgesetzt werden?

.....
.....
.....

Fristsache nein ja **Fristablauf** (falls bekannt):

Beschreibung des zu Grunde liegenden Sachverhalts (Was ist bisher passiert?) ggf. gesondertes Blatt verwenden:

.....
.....
.....
.....
.....

Die den Rechtsschutzfall betreffenden wesentlichen Unterlagen sind beizufügen (siehe Checkliste)



Rechtsschutzformular

Von der rechtsschutzgewährenden Stelle auszufüllen

Angaben zur Rechtsschutzgewährung

Mitglied bei:

Mitglied seit:

Rechtsschutz

Beratungsrechtsschutz

Beratungs- und Verfahrensrechtsschutz

gewährt von einem **Landesbund oder** einer **Mitgliedsgewerkschaft** des dbb beamtenbund und tarifunion gem. §§ 2 und 3 der dbb Satzung

.....
Datum, Stempel und Unterschrift der rechtsschutzgewährenden Stelle

Nur auszufüllen bei Rechtsschutzgewährung durch Landesbund

Zusatzangaben der Mitgliedsgewerkschaft

Die obigen Angaben zur Mitgliedschaft werden bestätigt.

Inhalt der von der Mitgliedsgewerkschaft getroffenen Rechtsschutzentscheidung:

.....
.....
.....

Weitergeleitet an Landesbund mit folgender Stellungnahme:

.....
.....
.....

.....
Datum, Stempel und Unterschrift

Rechtsschutzformular

- Datenschutzerklärung -

Vom Mitglied auszufüllen

Pflichtangaben zum Rechtsschutzformular

Name: Vorname:

Private Berufsrechtsschutzversicherung besteht: ja nein

Wir möchten Sie in Ihrem Rechtsschutzfall möglichst schnell informieren. Wir bieten daher an, den Schriftwechsel in Ihrer Rechtsschutzsache per E-Mail zu führen. Sie und Ihre zuständige Mitgliedsgewerkschaft beziehungsweise der Landesbund erhalten dann alle Schreiben und Unterlagen per E-Mail. Zum Schutz gegen unbefugtes Mitlesen setzen dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum, die Mitgliedsgewerkschaft und der Landesbund den TLS-Standard (Standard Transport Layer Security) als Transportverschlüsselung von E-Mails ein.

Hiermit erteile ich meine Einwilligung, dass der dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum und meine Mitgliedsgewerkschaft beziehungsweise der Landesbund den Schriftwechsel in meiner Rechtsschutzsache an mich und untereinander per E-Mail übersenden. Mir ist bekannt, dass ich meine Einwilligung jederzeit ganz oder teilweise widerrufen kann.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift Einzelmitglied

Informationen zum Datenschutz

Der dbb beamtenbund und tarifunion erhebt und verarbeitet die von Ihnen übermittelten und andere in dem Verfahren mitgeteilten Daten, um Sie rechtlich zu beraten und Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit b) DSGVO. Die Daten werden vertraulich behandelt. An Dritte werden sie nur weitergegeben, wenn dies zur Erfüllung der Aufgabe, insbesondere zur Durchsetzung Ihrer Rechte, erforderlich ist oder wenn Sie zustimmen. Wenn die Daten für den Zweck nicht mehr erforderlich sind, werden sie gelöscht, sofern keine gesetzliche Aufbewahrungspflicht besteht. Ihnen steht ein Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten zu, sowie ggf. auf Berichtigung, Löschung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung. Außerdem steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde zu. Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.dbb.de/datenschutz.

Datenschutz und
Anerkennung der Rechtsschutzordnung

Für die Bearbeitung Ihres Rechtsschutzantrags und die dadurch notwendige Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten benötigen wir Ihre Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO i.V.m. Art. 7 Abs. 1 DS-GVO, Art. 6 Abs. 1 lit f) DS-GVO. Dazu einige Informationen:

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der

Bayerische Beamtenbund e.V. (BBB)
Lessingstr. 11/ II, 80336 München
Tel. 089 / 552588-0, Fax. 089 / 552588-50
E-Mail: bbb@bbb-bayern.de
www.bbb-bayern.de

2. Wer ist Datenschutzbeauftragte?

Datenschutzbeauftragte ist
Corinna Henkel (BBB)
Lessingstr. 11/ II, 80336 München
Tel. 089 / 552588-0, Fax. 089 / 552588-50, E-
Mail: datenschutz@bbb-bayern.de

3. Welche Datenkategorie nutzt der BBB als rechtsschutzgewährende Stelle und woher stammen diese?

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere die nur durch Ihre Mitgliedsgewerkschaft aufgrund der Übersendung Ihres Rechtsschutzantrags übermittelten Stammdaten (Name, Vorname, Namenszusätze, Staatsangehörigkeit, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie deren Beginn und Mitgliedsnummer), Kontaktdaten (Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse (dienstlich / privat), Faxnummer, sowie Ihre/n Arbeitgeber/in bzw. Dienstherrn/in. Gleiches gilt für Ihre Amts- bzw. Berufsbezeichnung sowie alle weiteren Daten und Unterlagen, die dem BBB mit Ihrem Rechtsschutzgesuch übermittelt wurden.

4. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Daten verarbeitet?

Die Datenverarbeitung dient dem BBB ausschließlich der Durchführung Ihres Rechtsschutzvorgangs um seine Aufgaben als rechtsschutzgewährende Stelle erfüllen zu

können. Die vorrangige Rechtsschutzgrundlage hierfür ist Artikel 6 Abs. 1 lit. a) und f) DS-GVO sowie die Rechtsschutzordnung des BBB in der jeweils gültigen Fassung. Ihre gesonderte Einwilligungserklärung gemäß Artikel 7 Abs. 1 DS-GVO wird hier als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Innerhalb des BBB erhalten nur die Mitarbeiter Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur rechtlichen Bearbeitung Ihrer Rechtsschutzangelegenheit benötigen. Für die weitere Abwicklung und Durchführung Ihrer Rechtsschutzangelegenheit bedient sich der BBB der Dienstleistungszentren (DLZ) des dbb. Hierfür erhält das zuständige DLZ Ihren Datensatz übermittelt. Die DLZ sind hinsichtlich der Datenverarbeitung rechtlich selbstständig. Des Weiteren erfolgt innerhalb des Zeitraums der Rechtsschutzgewährung ein Austausch mit Ihrer Fachgewerkschaft. Eine Übermittlung der Daten in ein Drittland ist nicht vorgesehen.

6. Dauer der Speicherung bzw. Löschung personenbezogener Daten

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für die o.g. Zwecke (siehe Nr. 4). Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit uns Ihre Fachgewerkschaft diese mitteilt, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn die Rechtsschutzgewährung beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungspflichten aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Das bedeutet, dass wir spätestens nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht, in der Regel zehn Jahre nach Beendigung der Rechtsschutzangelegenheit, Ihre personenbezogenen Daten löschen. Es kann vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit gespeichert werden, in der Ansprüche gegen uns, bzw. in denen wir Ansprüche gegen Dritte geltend machen

Datenschutz und
Anerkennung der Rechtsschutzordnung

können (gesetzliche Verjährungsfristen von drei oder bis zu dreißig Jahren).

7. Informationen über Ihre Rechte

Bei Fragen oder Beschwerden zum Datenschutz können Sie sich gerne an die Datenschutzbeauftragte des BBB wenden. Sie können unter der o.g. Adresse (Nr. 1) Auskunft (Art. 15 DS-GVO) über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung (Art. 16 DS-GVO) oder die Löschung (Art. 17 DS-GVO) Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten (Art. 18 DS-GVO) sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) zustehen. Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber schriftlich widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DS-GVO uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf gilt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit f) DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, schriftlich Widerspruch bei der Geschäftsstelle des BBB einzulegen, Art. 21 DS-GVO. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient uns der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden.

Die für uns zuständige
Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Bayerisches Landesamt für
Datenschutzaufsicht (BayLDA)
Promenade 18, 91522 Ansbach
Telefon: +49 (0) 981 53 1300,
Telefax: +49 (0) 981 53 98 1300
E-Mail: poststelle@lda.bayern.de

Der Widerspruch ist zu richten an:

Bayerischen Beamtenbund e.V.,
Lessingstr. 11/ II, 80336 München,
E-Mail: bbb@bbb-bayern.de

Einwilligung zum Datenschutz

Hiermit willige ich unter den vorgenannten Voraussetzungen in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten ein.

_____, den _____

Unterschrift des rechtsschutzsuchenden Mitglieds

Anerkennung der Rechtsschutzordnung

Die/der Unterzeichnende erklärt hiermit, die Rechtsschutzordnung des BBB nach Kenntnisnahme als verbindlich anzuerkennen.

_____, den _____

Unterschrift des rechtsschutzsuchenden Mitglieds